Was hemmt im Bezirk Neubrandenburg die Entwicklung der Viehwirtschaft?

Die Partei hat der Entwicklung der Viehwirtschaft schon immer große Aufmerksamkeit geschenkt. Es wurden Maßnahmen eingeleitet, die dazu führten, daß der Viehbestand vergrößert und eine Leistungssteigerung bei allen Vieharten erreicht wurde. Das führte zur Festigung der Wirtschaften unserer werktätigen Einzelbauern, stärkte unsere landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und erhöhte die Leistung des Zuchtviehs auf unseren volkseigenen Gütern. Trotzdem ist festzustellen, daß die Ergebnisse unserer* Viehwirtschaft noch nicht befriedigen. Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees auf dem IV. Parteitag wurde hierzu gesagt:

„1953 wurden die Pläne zur Entwicklung der Viehzucht, zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Viehs und zur Erhöhung der Bruttoerzeugung in der Landwirtschaft nicht erfüllt.“

Aus dieser Feststellung ergibt sich für die Partei die ernste Aufgabe, der Vieh Wirtschaft noch größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, wird doch die Forderung gestellt, in den nächsten drei Jahren die Bedürfnisse unserer Bevölkerung an Fleisch, Milch und Fetten fast vollständig aus der eigenen Produktion zu befriedigen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet werden. Der Bezirk Neubrandenburg, als ausgesprochener Agrarbezirk, hat hierbei einen wesentlichen Beitrag zu leisten.

Was steht aber dieser Entwicklung in unserem Bezirk noch im Wege?

Die politischen und ökonomischen Fragen miteinander verbinden

Die politischen und ökonomischen Probleme wurden bei der Propaganda und Agitation bisher voneinander getrennt. Das politische und fachliche Wissen reichte bisher wohl dafür aus, um die allgemeinen Aufgaben in der Landwirtschaft zu bewältigen, es genügt jedoch nicht, um die durch den IV. Parteitag für die Viehwirtschaft gestellten Aufgaben zu lösen.

In der Parteiorganisation der Gemeinde Schmatzin, Kreis Anklam, gab es die Tendenz, alle wissenschaftlichen Erkenntnisse und fortschrittlichen Erfahrungen bei der Leistungssteigerung in der Produktion der Viehbestände abzuleugnen. Der Genosse Lifiel vertrat zum Beispiel die Meinung, es sei ja wohl nur „Glücks-sache“, daß sein Vieh und seine Wirtschaft so in Ordnung sind. Dem in dieser Versammlung anwesenden Genossen aus der Kreisleitung mangelte es an fachlichem Wissen, um alle Argumente und die unrichtigen Ansichten der Genossen zu widerlegen. Seine Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der Genossen in dieser Grundorganisation waren unzureichend. Das ist kein Einzelbeispiel. Auf Grund des mangelnden Wissens halten unsere Genossen in vielen Gemeinden nur den Zustand fest. Sie

„fotografieren“, berichten von „objektiven Schwierigkeiten“, tun oft aber selbst nichts, um die Mißstände zu beseitigen. Unsere leitenden Genossen müssen sich nicht nur auf dem politischen, sondern auch auf ihrem fachlichen Gebiet gut auskennen, ja, es studieren. Nur so werden sie in der Lage sein, falsche Auffassungen zu widerlegen und die Werktätigen von der politischen Notwendigkeit der Anwendung von Neuerermethoden, der guten Organisation der Arbeit usw., zu überzeugen.

Der Viehhalteplan ist Gesetz

Die Disziplin bei der Einhaltung der Pläne in der Vieh Wirtschaft war bisher unzureichend. Es gab große Unterschiede bei der Erfüllung der Viehaufzuchtpläne. Das zeigt sich nicht nur, wenn man die Viehbestände des volkseigenen und genossenschaftlichen Sektors denen der Einzelbauern gegenüberstellt, sondern auch innerhalb der Wirtschaftsgrößengruppen sind die Viehbestände sehr unterschiedlich.

Die Ursachen hierfür liegen unter anderem darin, daß ein Teil der Agronomen und Viehzuchtberater die Bauern wohl in fachlicher Hinsicht aufklärte, aber diese Beratung nicht mit der politischen Agitation verband. Es wurde ungenügend darauf hingewiesen, daß die Nichteinhaltung der Pläne nicht nur die Volksernährung, sondern auch jede einzelne Bauernwirtschaft schädigt, daß zum Beispiel ein unterschiedlicher Viehbesatz in den landwirtschaftlichen Betrieben auch eine unterschiedliche Produktionsleistung je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche mit sich bringt.

Die Verstöße gegen die Plandisziplin beginnen oft mit einer unkorrekten Viehzählung. Zählungen über den Hofzaun oder im Büro des Bürgermeisters ergeben keine Grundlagen einer realen Planung. Diese Arbeit muß gewissenhafter, mit mehr Verantwortungsbewußtsein von den Funktionären des Staatsapparates durchgeführt werden. Hier muß auch eine stärkere demokratische Kontrolle von den Gemeindevertretungen sowie der VdgB (BHG) organisiert werden.

Zum Beispiel stellte man in der Gemeinde Sponholz, Kreis Neubrandenburg, einige Tage nach der diesjährigen Viehzählung fest, daß acht Schweine und ein Schaf nicht angegeben wurden, daß ungesetzliche Verkäufe von Vieh stattfanden und auffallend viele Ferkel krepiereten, ohne daß der Verbleib der Kadaver nachgewiesen werden konnte. Der Bürgermeister von Friedrichsfelde verstand es, Licht in das mystische Ferkelverschwinden zu bringen. Einem Bauern, dem zwei Ferkel „krepieren“ waren, klopfte er auf die Schulter und bat ihn, sie auszugraben, um sie der Fronerei zuzuführen. Das Nachgraben waroncht nötig, denn dieser Bauer gab zu, die Ferkel an einen guten Bekannten verkauft zu haben. Dieser Vorfall wu«de in einer öffentlichen Gemeindever-